



Rede des Präsidenten

28. Parlamentarischer Abend des  
Thüringer Handwerkstag e. V.  
am 21.09.2022 in Erfurt

# Rede des Präsidenten

Sehr geehrte Damen und Herren,

willkommen zum 28. Parlamentarischen Abend des Thüringer Handwerks. Nach zwei Jahren Corona-bedingtem Ausfall, freuen wir uns, Sie im Plenarsaal des Thüringer Landtags begrüßen zu dürfen. Wir freuen uns sehr darüber und danken Landtagspräsidentin Birgit Pommer für die Bereitstellung der Räumlichkeiten. Werte Frau Pommer, vielen Dank für diese Gunst und die lobenden Worte über das Handwerk in Ihrer Begrüßung.

Ich begrüße an dieser Stelle sehr herzlich alle anwesenden Minister und Staatssekretäre sowie Landtagsabgeordnete. Daneben begrüße ich ganz herzlich die Hauptakteure unseres heutigen Abends – die sieben Fraktionsvorsitzenden der im Thüringer Landtag vertretenden Parteien:

- Herrn Dittes von der Partei DIE LINKE,
- Herrn Prof. Dr. Voigt von der CDU,
- Herrn Höcke von der AfD
- Herrn Hey von der SPD,
- Frau Rothe-Beinlich von Bündnis 90/ Die Grünen
- Herrn Kemmerich von der FDP und
- Frau Dr. Bergner von den Bürgern für Thüringen.

Wir freuen uns, Sie für diese Gesprächsrunde gewinnen zu können. Wir dürfen auf die Diskussion gespannt sein. Ich hoffe, Sie sind es auch.

Besonders begrüßen möchte ich alle Handwerksmeisterinnen und Handwerksmeister sowie unsere weiteren Gäste.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Lage des Handwerks hat sich seit unserem letzten parlamentarischen Abend 2019 bedeutend verschlechtert. Zweieinhalb Jahre Corona-Pandemie, die Energiekrise und die Preisexplosion in nahezu allen Bereichen des täglichen Lebens haben die meisten Unternehmen an den Rand ihrer Existenz gedrängt und manche sogar darüber hinaus. Die Industrie und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands stehen auf dem Spiel und sind so stark gefährdet, wie noch nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. Wenn Energie nicht mehr zu annehmbaren Preisen geliefert werden kann, steht das regional verwurzelte Handwerk vor dem Kollaps. Unsere Betriebe berichten uns teilweise von einer Verzehnfachung ihrer Energiekosten. Solche Preisanstiege kann kein kleines oder mittleres Unternehmen dauerhaft stemmen! Ebenfalls ist es nicht immer möglich, die Preisanstiege auf die Endkunden umzulegen. Aus eigener Erfahrung kann ich bestätigen, dass sich die Zahl meiner Kunden stark verringern würde, wenn ich den Preis für ein Laib Brot von einen auf den anderen Tag verdoppeln würde. Es muss daher verhindert werden, dass die Preise für grundlegende, lebensnotwendige Güter in einer inflationären Spirale immer weiter steigen. Denn dadurch stehen nicht nur betriebliche Existenzen und Arbeitsplätze auf dem Spiel, sondern auch der soziale Frieden und dieser muss in jedem Falle gewahrt werden.

Viele Handwerksbetriebe fühlen sich durch sich ständig ändernde Aussagen der politischen Entscheidungsträger verunsichert. Das Thüringer Traditionsunternehmen Eschenbach Porzellan aus Triptis, schließt nach 130jährigem Bestehen zum Ende diesen Jahres seine Pforten nicht, weil es zahlungsunfähig ist oder es keine Aufträge mehr bekommt – nein, ganz im Gegenteil. Das Unternehmen schließt aufgrund der Energiepreisprognosen für das kommende Jahr, welches die Insolvenz zur Folge hätte. Allein durch die Schließung dieses Unternehmens verlieren mehr als hundert hart arbeitende und fleißige Menschen ihren Arbeitsplatz. Die Regierungen im Bund und in den Ländern sind gefordert, den Betrieben möglichst unbürokratische und niedrigschwellige Entlastungspakete zukommen zu lassen. Ansonsten muss man sich nicht wundern, dass es bald keine frischen Brötchen vom Bäcker um die Ecke mehr gibt, der Haarschnitt 40 anstatt 20 Euro kostet oder die Wartung des eigenen Pkws drei Wochen anstatt drei Tage dauert. Um solche Szenarien zu verhindern, muss die Politik Rahmenbedingungen schaffen, die den Betrieben Planungssicherheit und Stabilität geben. Es wird über Einzelmaßnahmen diskutiert, über die Entlastung der Wirtschaft, die mit ihrer Arbeit schlussendlich die wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen finanziert, aber fast gar nicht. Die Politik muss sich wieder mehr am Leistungserbringungsdenken orientieren und die Leistungsträger unserer Gesellschaft in den Mittelpunkt stellen. Leistung und Arbeit muss sich wieder lohnen. Daher müssen die Steuer- und Sozialversicherungsbeiträge für die Handwerksbetriebe und deren Mitarbeiter deutlich gesenkt werden. Nur mit mehr „Netto vom Brutto“ bekommen die Menschen das Gefühl, dass sich Leistung lohnt. Die Menschen werden dann in die Lage versetzt, in Eigenverantwortung zu handeln und die gegenwärtige Krisensituation besser zu überstehen.

Zur Entlastung des Handwerks gehört auch die deutliche Reduzierung aller staatlicher Eingriffe und Regulierungen in das unternehmerische Handeln. Die Politik muss der Privatwirtschaft mehr Spielräume lassen. Gewiss gibt es schwarze Schafe, die diese Situation ausnutzen würden, aber rechtfertigt das unmoralische Handeln eines Akteurs die Einschränkung von hundert Anderen? Nach dem utilitaristischen Ansatz von John Stuart Mill jedenfalls nicht, denn dort überwiegt das Glück der größten Zahl und nicht das Pech von Einzelnen. Es muss der Erfolg der Vielen organisiert und nicht die Schutzbedürftigkeit des Einzelnen in den Vordergrund gestellt werden. Grundsätzlich muss die Politik den Unternehmern wieder mehr Vertrauen entgegenbringen, denn gegenseitiges Misstrauen schafft keine gute Grundlage für eine gewinnbringende Zusammenarbeit.

Dazu gehört aber auch der Abbau der Bürokratie und des personell aufgeblähten Verwaltungsapparats. Viele Handwerker verbringen allein mit der Erledigung von bürokratischen Aufgaben mehr als einen Arbeitstag pro Woche statt ihrer eigentlichen Arbeit der Wertschöpfung nachzugehen. Das ist weder effektiv, noch sinnvoll! An vielen Beispielen im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden zeigt sich, dass die Verwaltung mit ihren Auflagen eher das Nicht-Gelingen als das Gelingen von Wertschöpfungsprozessen organisiert und ich frage mich, seit wann wir uns einfach damit abfinden, dass Projekte nicht gelingen? Zur Verringerung der Bürokratie bietet sich durch den schrittweisen Renteneintritt der „Babyboomer“ in den kommenden 10 Jahren die Möglichkeit, den Verwaltungsapparat personell erheblich zu entschlacken. Damit könnten die Betriebe sowohl von bürokratischen Herausforderungen befreit als auch finanziell entlastet werden. In Anbetracht des demografischen Wandels wäre dies eine sinnvolle und zukunftsfähige Maßnahme. Vielleicht sollte man die finanzielle Ausstattung der jeweiligen Gebietskörperschaften davon abhängig machen.

Das Bedrückende heute ist natürlich die Energiekrise. Damit eine drohende Insolvenzwelle verhindert werden kann, muss das Energieangebot diversifiziert und auf alle verfügbaren Energieträger ausgeweitet werden. Dabei darf nicht zwischen „guten“ und „schlechten“ Energieträgern unterschieden werden, sondern einzig und allein nach deren kurzfristiger Verfügbarkeit. Das bedeutet, dass wir Energie aus Atomkraft, heimischen Gasvorkommen und Kohle genauso nutzen müssen, wie Energie aus erneuerbaren Energiequellen. In der aktuellen Situation müssen alltagsnahe und praktische Lösungen gefunden werden und es muss ein intensiver Austausch über geeignete Maßnahmen zur Entlastung der Betriebe stattfinden, gänzlich befreit von Ideologie und Parteizugehörigkeit. Nur damit können die Preise dauerhaft gesenkt und der Wohlstandsverlust verhindert werden! Der von allen Seiten mitgetragene Energietransformationsprozess muss an die gegenwärtige Realität angepasst werden, sowohl zeitlich als auch hinsichtlich der einzelnen konkreten Umsetzungsschritte. Gleichzeitig muss der Ausbau der Erneuerbaren Energien beschleunigt werden, um so langfristig die energetische Teilautarkie Deutschlands zu erreichen. Dazu müssen wir aber ehrlich sein. Es muss die Frage beantwortet werden, ob die notwendigen Stromnetze existieren – transnational, regional, aber auch öffentlich bzw. privat? Sind alle rechtlichen Schwierigkeiten benannt

und beseitigt? Betrachtet man die Bereiche Strom- und Wärmemarkt getrennt? Wer baut die nicht vorhandenen Wärmepumpen ein? Ist die Wärmepumpe das allein heiligmachende Mittel?

Sie sehen: Es ist Zeit für ideologiefreie, realistische, Konsequenzen betrachtende Analysen und für die Umsetzung realistischer Maßnahmen. Wir im Handwerk – als Ausrüster der Energiewende – stehen dafür zur Verfügung!

Sehr geehrte Damen und Herren,

neben der aktuell alles überschattenden Energiekrise existiert ein weiteres Megaproblem, was unsere Gesellschaft mittel- und langfristig vor enorme Probleme stellen wird – der Fachkräftemangel. Der demografische Wandel und das bevorstehende Eintreten der „Babyboomer“ in den Ruhestand wird dafür sorgen, dass die Anzahl an arbeitenden Menschen in der Bevölkerung abnimmt und die Konkurrenz für die neuen, auf den arbeitsmarktströmenden Menschen zunehmen wird. Laut Prognosen werden bis 2035 400.000 Fachkräfte im Handwerk fehlen. Das ist nicht nur ein Problem des Handwerks, sondern vielmehr ein gesamtgesellschaftliches Problem. Wer soll die Wärmepumpe und die Photovoltaikanlagen auf den Dächern installieren, wenn es keine SHK-Installateure mehr gibt? Die Klimawende lässt sich nur mit dem Handwerk umsetzen und über Zuwanderung alleine lässt sich dieses Problem nicht lösen!

Während die Auszubildendenzahlen jährlich sinken, steigt die Anzahl an Studenten unentwegt weiter. Diese Entwicklung ist äußerst problematisch. Zwar braucht jede Gesellschaft Juristen, Ökonomen und Soziologen aber nicht in der Menge, wie sie aktuell an den Universitäten ausgebildet werden. Es bedarf eines grundlegenden Umdenkens in der deutschen Bildungspolitik! Die Vergabe von Ausbildungs- und Studienplätzen muss sich an den gesellschaftlichen Bedarfen orientieren und die akademischen und die beruflichen Bildungswege müssen entsprechend der gesellschaftlichen Anforderungen gleich finanziert werden. Ohne durchgreifende politische Maßnahmen wird der Anteil der Auszubildenden sowie der Fach- und Führungskräfte im Handwerk weiter deutlich zu sinken.

Daher darf es keine Diskussionen mehr bezüglich des Azubi-Tickets geben. Was über Jahrzehnte bei Studenten galt, muss auch für Lehrlinge gelten. Deshalb appellieren wir an die Landesregierung, die Gleichbehandlung von Azubis und Studenten weiter voranzutreiben und das Azubi-Ticket zu gleichen Konditionen zu verstetigen!

Sehr geehrte Ministerinnen und Minister,

sehr geehrte Abgeordnete,

werte Handwerkskollegen und Gäste,

in den vergangenen 32 Jahren seit der Wiedervereinigung Deutschlands wurde in Thüringen viel erreicht. Man kann Stolz auf die erbrachten Leistungen und Werte der tatkräftigen Menschen im Freistaat sein. Es wurde ein Fundament geschaffen, auf dem zukünftige Generationen aufbauen können. Allerdings wurde in den vergangenen Jahren durch diverse Krise stark an diesem Fundament gerüttelt und damit die Zukunftsfähigkeit Thüringens gefährdet.

Es liegt nun an Ihnen, die Weichen richtig zu stellen, damit die Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit Thüringens nicht weiter abnimmt, sich die Wirtschaft stabilisiert und sich das Handwerk positiv im Freistaat entwickeln kann. Welche konkreten Maßnahmen die Landesregierung und Opposition in den verbleibenden zwei Jahren dieser Legislaturperiode beschließen will, um den benannten Herausforderungen zu begegnen, soll im Anschluss an meine Rede geklärt werden. Ich freue mich auf einen politischen Schlagabtausch der Extraklasse. Sehr geehrte Fraktionsvorsitzende und Gruppenvorsitzende, wir erwarten von Ihnen in diesem Zusammenhang klare und prägnante Antworten, auf die wir Handwerker uns stützen können. Gerade in schwierigen Zeiten, wie wir sie derzeit erleben, brauchen wir von Ihnen, unseren politischen Vertretern, eindeutige und verlässliche Aussagen, an denen wir uns festhalten können.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen einen angenehmen und interessanten Abend und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Ich übergebe nun mein Wort an den Moderator der Diskussion, Herrn Steffen Range.

Es gilt das gesprochene Wort.